

Trotz (oder wegen) Gavin Newsoms großzügiger Spende für grüne Energie zählen die kalifornischen Städte zu den schmutzigsten in Amerika

geschrieben von Andreas Demmig | 2. September 2025

Audrey Streb, DCNF-Energiereporter, 27. August 2025

Kalifornische Städte zählen zu den schmutzigsten Städten in Amerika.

Zehn Städte im Golden State weisen laut der Rasenpflege-Website LawnStarter die schlechteste durchschnittliche Luftqualität in den USA auf

Fahrradwege in Peru – die Ikone des deutschen Entwicklungshilfe-Versagens

geschrieben von AR Göhring | 2. September 2025

Die „Fahrradwege in Peru“ sind unter Regierungskritikern zu einem Synonym der völlig fehlgeleiteten Klima-Entwicklungshilfepolitik geworden, deren wahres Ziel immer besser sichtbar wird: Deutsches Steuergeld weg von der Infrastruktur im Land hin zu sinnlosen Abzocker-Projekten leiten – auch gern weit weg im Ausland, wo man nicht so leicht sehen kann, wie die Milliarden in den Taschen ausländischer (aber auch inländischer ?) Profiteure verschwinden.

Noch besser sind nur die Klima-Euros für gambische Wrestling-Vereine, die durch ihre Tätigkeit angeblich die Gesellschaft des westafrikanischen Landes gegen Hitze wappnen würden. Aber die Fahrradwege in der peruanischen Hauptstadt Lima sind seit der Kleinen Anfrage der CDU/CSU 2023 zur Verschwendungs- und Abzockpolitik des Kabinetts Scholz exklusiv im kollektiven Gedächtnis geblieben.

Die modernen Herolde der Macht, allen voran die 10-Milliarden€-Sender ARD/ZDF, sind natürlich nicht daran interessiert, daß eine allgemeine Diskussion zum Thema Abgaben- und Steuerverschwendungen im Sinne moderner Feudalherren entsteht. Weswegen sie umgehend versuchen, jede Kritik der unbotmäßigen Steuerzahler als sachlich unbegründet und moralisch verwerflich zu diffamieren. Und das bedeutet heutzutage fast immer

„rechtsextrem“ und ähnlich.

Wird der Bürger unbequem, ist er plötzlich rechtsextrem

Aktuell klärt der ARD-Faktenchecker „Faktenfuchs“ darüber auf, daß das „rechtspopulistische Portal NIUS“ zu hohe Beträge für die Fahrradwege in Lima angegeben hätte (315 Millionen Euro). Daß die Entwicklungshilfebeträge – wohl nicht ganz unabsichtlich – in Tranchen, teils indirekt und unterschiedlicher Form gezahlt werden, um die Verschwendungen zu verschleiern, sagt der Faktenfuchs zwar nicht. Allerdings gibt er selber an, wie verschachtelt die Klimaschutz-Förderung in Peru gestaltet ist:

Das Bundesministerium unterstützte mit einem im Jahr 2020 zugesagten Zuschuß in Höhe von 20 Millionen Euro den Aufbau eines Fahrradschnellwegenetzes in Lima. Im Jahr 2022 hat das Ministerium weitere 24 Millionen Euro für den Bau von Radwegen in Peru zugesagt – insgesamt macht das somit 44 Millionen Euro. Ausgezahlt wurden davon bislang etwa 11,2 Millionen Euro.

Und:

Für ein umweltschonendes Bussystem wurden Peru im Jahr 2015 laut BMZ etwa 55 Millionen Euro als Kredit zur Verfügung gestellt, 2022 wurde ein weiterer Kredit in Höhe von gut 100 Millionen Euro zugesagt. Für den Bau der U-Bahn-Linie 2 in Lima hat die peruanische Regierung unter anderem einen Kredit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) erhalten.

Man sieht – die „Fahrradwege in Peru“ sind als Symbol wunderbar treffend – unabhängig davon, wieviele Millionen konkret das Bepinseln einer Straßendecke mit Fahrradmarkierungen tatsächlich gekostet hat. Viel wichtiger als die Richtigstellung „rechtspopulistischer“ Behauptungen wäre für einen Journalisten ja die Frage, was die Millionen Steuergeldtransfers für Straßenbau in Südamerika eigentlich für einen Grund haben. Ist es Staatsziel Deutschlands, anderen Ländern Verkehrswege zu bauen? Wenn ja – was noch? Regierungsvillen? Goldene Wasserhähne? Schöne Limousinen für Beamte?

Das kann man so natürlich nicht sagen – deswegen kommt dann irgend etwas mit CO₂:

„In Peru ist der Transportsektor der wichtigste Emittent für CO₂-Emissionen“, sagt Stephan Klingebiel, Leiter des Forschungsprogramms „Inter- und transnationale Kooperation“ am

German Institute of Development and Sustainability (IDOS). Die neue Metro- und das Bussystem sollen dabei helfen, die CO2-Emissionen langfristig zu senken. „Die Fahrradwege dienen dabei auch als Zubringer zum Bus- und zum Metrosystem, damit diese besser erreicht werden können.“

Die sofort aufploppende Frage „Was ist denn IDOS?“ stellt der Faktenfuchs natürlich nicht – das ist ja eine andere Krähe, der man kein Auge aushackt. Wir aber: IDOS ist eine Art Regierungs-NGO, die 1964 schon als *Deutsches Institut für Entwicklungspolitik* (DIE) vom Staat gegründet wurde. Man sieht – die überquellenden Steuerkassen haben schon in der Ära Adenauer und danach zur Gründung von Versorgungspöstchen-Anstalten geführt. Das IDOS hat heute 180 Mitarbeiter – Gehälter mutmaßlich in der Höhe von ARD-ZDF-Größen.

Fritz Vahrenholt über Pseudowissenschaft: NATURE-Artikel des PIK zurückgezogen

geschrieben von AR Göhring | 2. September 2025

Fritz Vahrenholt:

Im Interview mit Marc Friedrich besprechen wir die in Verruf geratene Studie des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), die einen weltweiten Einkommenverlust von 19 % pro Jahr wegen des Klimawandels prognostiziert hat.

Wegen fundamentaler Mängel mußte die in *Nature* (!) veröffentlichte Studie, die die Politik von Weltbank, EZB, EU und Bundesregierung beeinflusst hat, zurückgezogen werden. In den USA werden die Budgets solcher klimaalarmistischer Einrichtungen zu Recht gekürzt, in Deutschland beschäftigt das PIK nach wie vor 466 Personen und wird in zweistelliger Millionenhöhe von Bundesregierung, Land Brandenburg, EU und Bundesforschungsministerium (!) gefördert. Es ist Zeit, aufzuräumen mit unwissenschaftlicher Klimapropaganda.

Die CO₂-Regulierung hat zu globalen Ungleichgewichten geführt

geschrieben von Chris Frey | 2. September 2025

Duggan Flanakin

Der weltweite Vorstoß zur Regulierung von Kohlendioxid als Schadstoff, der auf der fragwürdigen Prämissen beruht, dass steigende CO₂-Konzentrationen in der Atmosphäre eine globale Klimakatastrophe auszulösen drohen, hat die Energie- und Wirtschaftsentwicklung in den Vereinigten Staaten, Europa und Afrika stark beeinträchtigt, während sogenannte „Schwellenländer“ wie China und Indien quasi einen Freifahrtschein erhielten.

Die Europäer und Amerikaner beginnen gerade erst, aus dem tiefen Schlummer zu erwachen, der zu einer chinesischen Übernahme der weltweiten Automobilverkäufe führen sollte dank ihrer preisgünstigen (subventionierten) Elektrofahrzeuge, die von in China hergestellten Batterien mit in China verarbeitetem Lithium und anderen wichtigen Mineralien angetrieben werden. Diese hatten sie jahrzehntelang gehortet, während der Westen schlief.

Im Gegensatz dazu hatte die Entscheidung der westlichen Mächte, China und Indien als „Entwicklungsländer“ zu betrachten, die von den frühen Emissionsbeschränkungen ausgenommen sind, gefährliche geopolitische Auswirkungen – und ermöglichte es Russland sogar, die westlichen Volkswirtschaften weiter zu stören.

Im Juli 2025 gab es in China 1.195 [Kohlekraftwerke](#), in Indien 290 – weit mehr als in den Vereinigten Staaten oder irgendeinem anderen Land – und die meisten davon wurden im 21. Jahrhundert errichtet, während fast alle Kohlekraftwerke in den USA und Europa viel älter sind.

Die chinesische Kohleproduktion und der chinesische Kohleverbrauch beliefen sich im Jahr 2024 auf etwa 4,78 Milliarden Tonnen und damit auf mehr als die Hälfte des weltweiten Gesamtvolumens, wobei Indien (mit 1,09 Milliarden Tonnen) und Indonesien (mit 836 Millionen Tonnen) an zweiter und dritter Stelle lagen. Australien und die USA kommen jeweils auf etwa 464 Millionen Tonnen, und Russland liegt mit 427 Millionen Tonnen nicht weit dahinter.

Die Absurdität der Bevorzugung Chinas – einer Nation mit einem riesigen Militärapparat, die ihre Vorteile in Bezug auf natürliche Ressourcen und erneuerbare Energien nutzt, um ihre globale Vormachtstellung auszubauen – gegenüber den von Armut geplagten Nationen Afrikas ist nicht nur grausam und ungewöhnlich. Es ist selbstmörderisch für Afrika und extrem kostspielig für die USA, die sich an vorderster Front gegen die

chinesische Expansion wehren.

Das Konzept der Schadstoffkriterien wurde in die 1990 vorgenommenen Änderungen des Clean Air Act von 1970 aufgenommen. Diese Schadstoffe waren Feinstaub, Ozon, Schwefeldioxid, Stickoxide, Kohlenmonoxid und Blei. Kohlendioxid – der so genannte Schadstoff, der 2009 vom Obersten Gerichtshof hinzugefügt wurde – wird in dem Gesetz nicht erwähnt.

Bis 2009 hatte das Gesetz über saubere Luft (Clean Air Act) den Ausstoß von Kriterienschadstoffen aus Kohlekraftwerken recht erfolgreich reduziert – zu erheblichen Kosten für die Betreiber. Die Schwefeldioxid-Emissionen von Kraftwerken sanken zwischen 1990 und 2009 von 16 Millionen Tonnen pro Jahr auf nur noch 6 Millionen Tonnen pro Jahr und bis 2019 auf etwa 1 Million Tonnen pro Jahr.

Diese Verringerung erforderte von den Stromversorgern die Umstellung auf schwefelärmere Kohle, den Einbau von Wäschern zur Beseitigung von Schwefeldioxid-Emissionen und die Suche nach anderen Möglichkeiten zur Einhaltung der Vorschriften (einschließlich der Abschaltung weniger rentabler Anlagen) – oder einfach die Umstellung auf eine andere Brennstoffquelle.

Auch die Smog verursachenden Stickstoffoxid-Emissionen aus Kohlekraftwerken während der „Ozonsaison“ gingen von 2,75 Millionen Tonnen im Jahr 1990 auf 800.000 tpy im Jahr 2009 und auf unter 200.000 tpy im Jahr 2019 zurück. Die gesamten Stickstoffdioxid-Emissionen fielen von 6,5 Millionen Tonnen im Jahr 1990 auf 2 Millionen Tonnen im Jahr 2009 und auf nur 400.000 Tonnen im Jahr 2019. Kurz gesagt, die Nation war auf dem besten Weg, den Kampf um die Kontrolle der Kriterienschadstoffe bis 2009 zu gewinnen – und diese Erfolge sind heute fast vollständig.

Die Gesamtemissionen der sechs Kriterienschadstoffe gingen zwischen 1990 und 2005 um 42 Prozent zurück und sanken auch bei immer strengerem Normen weiter. Aber bis dahin hatte die EPA „entdeckt“, dass die Kohlendioxid-Regulierung ihren Bürokratien neues Leben einhauchen könnte – und eine neue Aufgabe, um ihre Bürokraten zu beschäftigen.

Die Einschüchterung ganzer Nationen – ganz zu schweigen von Industriegiganten und Haushalten der Mittelklasse – basierte auf der wackeligen, sich ständig ändernden „Wissenschaft“ des ‚Klimawandels‘ und wurde durch die Manipulation computergenerierter „Schreckensszenarien“ noch verstärkt.

Doch 2015 ließ Christiana Figueres, Exekutivsekretärin der UN-Klimarahmenkonvention, die Katze aus dem Sack. Auf einer Pressekonferenz in Brüssel sagte Figueres: „Dies ist das erste Mal in der Geschichte der Menschheit, dass wir uns die Aufgabe stellen, das seit mindestens 150 Jahren, seit der industriellen Revolution, herrschende wirtschaftliche Entwicklungsmodell innerhalb eines bestimmten Zeitraums absichtlich zu ändern.“

Kurzum, das Ziel von Figueres und ganzer Kader von Umweltaktivisten auf höchster Ebene war nicht, die Welt vor einer ökologischen Katastrophe zu retten. Es ging darum, das kapitalistische System zu zerstören, das eine moderne Gesellschaft aufgebaut hatte, die Milliarden von Menschen aus Schufterei und Armut befreit hat und selbst heute noch den Armen der Welt Hoffnung gibt.

Natürlich fanden diejenigen, die den „Krieg gegen den Klimawandel“ erklärten (wie Al Gore und John Kerry in den Vereinigten Staaten), Mittel und Wege, um ihre eigenen Taschen zu füllen und ihren Ruf zu verbessern.

Diese Lobeshymnen auf den Anstand und die Tugendhaftigkeit ignorierten die nackte Realität, dass ihr kurzsichtiger Ansatz zur „Rettung des Planeten“ China in die Lage versetzte, die Welt mit Kohlendioxid-„Emissionen“ von insgesamt 13,26 Milliarden Tonnen oder 34 Prozent der weltweiten Gesamtmenge [anzuführen](#).

Im Gegensatz dazu war Afrika mit 17 Prozent der Weltbevölkerung im Jahr 2021 nur für 4 Prozent der globalen Gesamtemissionen [verantwortlich](#). Dieser Anteil konnte vor allem deshalb nicht wachsen, weil den Afrikanern systematisch die Finanzierung von Kraftwerken für fossile Brennstoffe verweigert wurde – und das auf einem Kontinent, auf dem mindestens 600 Millionen Menschen keinen Zugang zu Strom haben.

Allein diese Zahlen bestätigen, dass das Ziel der UN und anderer „Klima-Eiferer“ nie die Reduzierung der weltweiten Kohlendioxidemissionen war, sondern die Lähmung der westlichen Industrie. Die massiven Bemühungen, die Entwicklung afrikanischer Energie zu unterdrücken (oder afrikanische Nationen zu zwingen, sich so zu entwickeln, dass europäische Industrien durch den Kauf von „Kohlenstoffgutschriften“ davon profitieren), waren bestenfalls ein vorübergehendes Ablenkungsmanöver, um diese Industrien von dem längerfristigen Ziel abzulenken – der globalen Kontrolle.

Seltsamerweise sind die gleichen Unternehmen, die einst die Kampagnen für „saubere Energie“ im Namen der Rettung des Planeten unterstützten, heute verzweifelt auf der Suche nach neuen Quellen für zuverlässige, erschwingliche Energie. Rechenzentren, Blockchains und andere Spitzenstromverbraucher hoffen, dass ein Wiederaufleben der Kernenergie in Verbindung mit Kraftwerken vor Ort ihre Maschinen am Laufen halten wird, auch wenn der Wettbewerb um Kühlwasser mit dem Durst der wachsenden Stadtbevölkerung kollidiert.

Einem aktuellen [Bericht](#) der Energy Information Administration zufolge steigt der Stromverbrauch in den USA nach mehr als einem Jahrzehnt der Stagnation wieder. Wie erwartet, ist der Anstieg vor allem auf Rechenzentren und Produktionsbetriebe zurückzuführen. Dieser Nachfrageanstieg hat den Ausbau der Stromerzeugungskapazitäten und der Stromspeicherung vorangetrieben (die bestenfalls eine sich entwickelnde neue Technologie ist, die noch einen langen Weg vor sich hat).

Die weltweite Nachfrage ist dramatisch gestiegen, auch wenn viele Länder immer noch mit den von der UNO auferlegten Beschränkungen ihrer Fähigkeit zu kämpfen haben, diese Nachfrage zu decken. Der Vorstoß der Biden-Ära, alles in den USA mit Solar-, Wind- und geothermisch erzeugtem Strom zu versorgen, hat die Engpässe bei der Stromerzeugung noch vergrößert – und die Stromkosten steigen, vor allem in denjenigen US-Bundesstaaten, die einen Kotau vor der „Klimakatastrophen“-Hysterie gemacht haben.

In dem Maße, in dem die afrikanischen Staaten die neokolonialistischen Zwänge abschütteln und ihre eigenen Mittel für den Ausbau ihrer Stromnetze verwenden, und in dem Maße, in dem die USA und in geringerem Maße auch viele europäische Staaten zur energetischen Vernunft zurückkehren (und in dem Maße, in dem mehr Unternehmen ihre Produktion von China weg verlagern), könnten sich die globalen Ungleichgewichte allmählich verringern – aber es ist schon viel Schaden angerichtet worden, und gleiche Wettbewerbsbedingungen sind noch in weiter Ferne.

Link:

[https://www.cfact.org/2025/08/20/regulating-CO₂-has-led-to-global-imbalances/](https://www.cfact.org/2025/08/20/regulating-CO2-has-led-to-global-imbalances/)

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

„Triumph der Dummheit“ – was bedeutet das?

geschrieben von Admin | 2. September 2025

Als im April 2023 die letzten 3 Kernkraftwerke in Deutschland endgültig vom Netz gingen, wurde dieses im „*International Journal for Nuclear Power*“ mit den Worten „Triumph der Dummheit“ kommentiert. Dazu Vermutungen, wie dieser Ausspruch gemeint ist:

Dr. Lutz Niemann

Ende der Kernenergie in Deutschland

Im Jahre 2000 wurde durch die Regierung Schröder / Fischer der Ausstieg aus der Kernenergie in Gang gesetzt. Die Stromversorgung sollte zukünftig in Deutschland durch die „Erneuerbaren“ gewährleistet werden, im Wesentlichen durch Wind und Sonne, vorrangig eingespeist.

Ist es nicht Dummheit, wenn der Kernkraftstrom mit 2,2 ct/kWh (Biblis in 2009) durch Strom mit ca. 50 ct/kWh (Voltaik in 2002) ersetzt wird und somit die Marktwirtschaft bei der Stromerzeugung abschafft wird?

Ist es nicht Dummheit, den zu jeder Tages- und Nachtzeit lieferbaren Kernkraftstrom abzuschalten und als Ersatz Sonne und Wind zu wählen, die das niemals bringen können?

Im Jahre 2011 schwenkte unter Frau Merkel auch die CDU/CSU auf die Linie von Rot/Grün ein, als in Fukushima mehrere Reaktorgebäude durch Wasserstoffexplosionen zerlegt wurden. Es wurde eine geringe Menge radioaktiver Spaltprodukte freigesetzt und weltweit verteilt, jedoch kam dadurch niemand zu Schaden.

Ist es nicht Dummheit, wenn Deutschland auf eine Totalversorgung durch den hoch explosiven Wasserstoff setzt, der gerade in Fukushima die Reaktorgebäude zerlegte?

Ist es nicht Dummheit, wenn Deutschland sofort nach Abschaltung der Kernkraftwerke diese zerstört, um eine eventuelle Korrektur dieses Fehlers unmöglich zu machen?

Nach dem Tschernobyl-Unfall gab es weltweit einen Stopp in der Neubautätigkeit bei Kernkraftwerken. Die Ursache ist in der weltweiten Strahlenangst zu sehen, die nach dem Unfall durch ständige Aufzählung der allerkleinsten Strahlendosen in den Medien angefacht wurde. Inzwischen hat sich die Strahlenhysterie in der Welt gelegt und überall wird zur Kerntechnik geforscht, es werden neue Konzepte entwickelt, Neubauten geplant und begonnen.

Ist es nicht Dummheit, wenn Deutschland seinen Spitzenplatz in der Kerntechnik räumt und bei Strommangel den Ersatzstrom von den KKW's seiner Nachbarn bezieht, die als weniger sicher beurteilt werden?

Ist es nicht Dummheit, wenn Deutschland die in Gorleben für 3 Mrd. EURO geschaffenen Hohlräume in der Tiefe wieder verfüllt und in unserem Lande eine neue Stelle für ein unterirdisches Endlager sucht wird?

Ist es nicht Dummheit, wenn Deutschland die Wiederaufarbeitung von Brennelementen verboten hat und jetzt die abgebrannten Brennelemente als Müll bezeichnet, obwohl in ihnen noch 95% der Energie steckt?

Ist es nicht Dummheit, wenn weltweit in der Kerntechnik allerkleinste Strahlendosen mit gigantischem Aufwand vermieden werden müssen, obwohl man aus der Medizin und Luftfahrt deren Harmlosigkeit kennt?

Klimapolitik in Deutschland

Seit rund 50 Jahren wird CO₂ für eine meßbare Klimaerwärmung verantwortlich gemacht. Diese ist jedoch nicht die Folge des angestiegenen CO₂-Gehalts in der Atmosphäre. Wesentliche Einflußfaktoren

auf Wetter und Klima werden nicht diskutiert. Der Koalitionsvertrag unserer Regierung enthält 80-mal das Wort Klima.

Ist es nicht Dummheit, wenn Deutschland die CO2-freie Stromerzeugung der Kernkraftwerke durch fossil befeuerte Kraftwerke ersetzt, die CO2 emittieren?

Ist es nicht Dummheit, wenn Deutschland bei 0,07% Anteil an der Fläche der Erde und 1% Anteil der Erdbevölkerung die Erde „retten“ will?

In 2020 wurde von der Regierung Merkel das Kohlverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG) beschlossen. Man wollte einen Umstieg auf Erdgas, weil dieses bei Verbrennung weniger CO2 ausstößt.

Ist es nicht Dummheit, daß Deutschland zum 31.12.2021 insgesamt 8.900 MW sichere Leistung von Kohle- und Kernkraftwerken endgültig vom Netz genommen hat?

Ist es nicht Dummheit, wenn Deutschland auch die abgeschalteten Kohlekraftwerke nach Abschaltung sofort zerstört? Ein Beispiel ist das Kohlekraftwerk Hamburg-Moorburg mit 3 Mrd. EURO Baukosten nach nur 5 $\frac{1}{2}$ Jahren Betrieb.

Ist es nicht Dummheit, wenn Deutschland neben Kernkraftstrom aus Frankreich nunmehr auch Kohlestrom von seinen Nachbarn bezieht, der natürlich teurer ist als der selbst produzierte Strom?

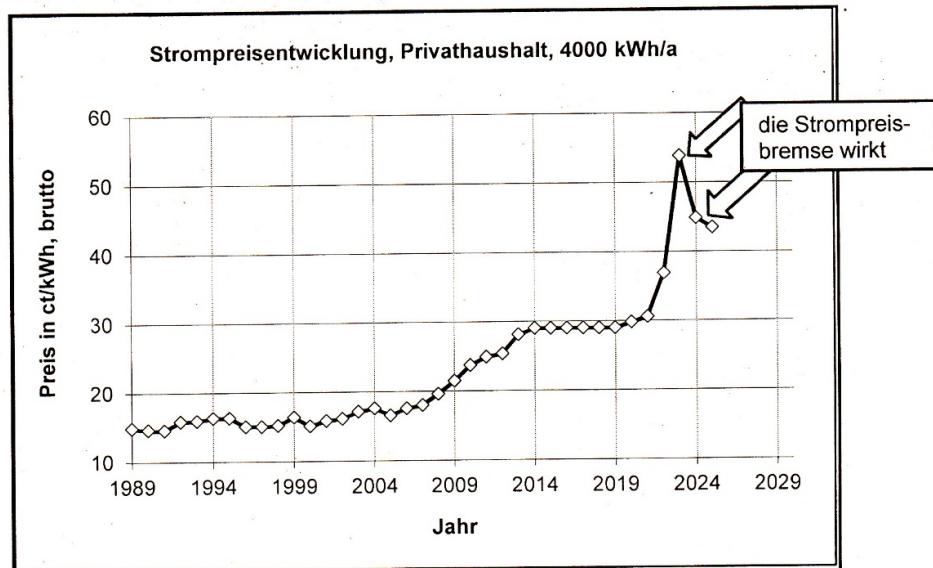
Ist es nicht Dummheit, wenn Deutschland seinen Beitrag von 1,8% in der weltweiten CO2-Emission reduzieren will bzw. nur in seine Nachbarländer verschiebt, was auf die gesamte Erde ohne Einfluß ist?

Die fossilen Quellen Kohle, Öl, Gas sind vor Jahrtausenden gespeicherte Sonnenenergie, diese sind irgendwann erschöpft. Kernspaltungsenergie von Uran und Thorium kann die Menschheit zig-Millionen Jahre mit Energie versorgen, wozu Schnelle Reaktoren notwendig sind.

Kohle, Öl, Gas, sind zu kostbar für die Verbrennung, sie sollten vorbehalten werden für die stoffliche Nutzung (organische Chemie, Werkstoffe) und Anwendungen, wo sie nicht ersetzbar sind wie in der Landwirtschaft (e-Traktoren sind unsinnig), Luftfahrt, Eisenherstellung durch Reduktion von Erzen. e-fuels aus Luft und Wasser mit Hilfe von Windradstrom sind ein Märchen.

Ist es nicht Dummheit, wenn Deutschland die abgeschalteten Kernkraftwerke durch die kostbaren Quellen Kohle, Öl, Gas ersetzt und damit die Zeit von deren restlicher Verfügbarkeit verkürzt?

Was sind die Folgen dieser Energiepolitik?



Die Strompreise sind seit dem Beginn der Energiewende in 2000 gestiegen, wie in diesem Diagramm gezeigt. Das wird überall in Deutschland ähnlich aussehen. Für den steilen Anstieg ab 2021/2022 gibt es etliche Beiträge: Stromverknappung durch die Abschaltungen von Kraftwerken, CO2-bepreisung, Umstieg auf Erdgas.

Ein Beispiel: Importiertes Erdgas kostete vor 2020 ca. 3 ct/kWh Primärenergie, dann gab es beim Heizen in 2022 eine Steigerung auf 15 ct/kWh (in BW) oder ca. 25 ct/kWh (in Nds). Das preiswerte Pipelinegas aus Rußland musste nach der Zerstörung von Nord-Stream 1 + 2 ersetzt werden durch teures LNG. Bei der Verstromung steigt der Preis der Energie immer auf das 3-fache, dann werden aus 25 ct/kWh + die weiteren Zusätze + MwSt ca. 1 EURO/kWh. Es wurde in 2022 im Bundestag eine Strompreisbremse beschlossen: die Elektrizitätsversorgungsunternehmen dürfen den Letztverbrauchern staatlich vorgeschriebene Preise abverlangen, während der Bund die Differenz zum Marktpreis trägt. Die Wirkung zeigt sich im obigen Diagramm. Damit wurde ein weiteres Mal die freie Wirtschaft ausgehebelt und durch Staatswirtschaft ersetzt. Vielleicht gibt es auch eine Erdgas-Wärme-Preisbremse (??), genauereres ist nicht zu finden.

Die wahren Kosten durch Kernenergieausstieg und Klimapolitik in der Energieversorgung werden verdeckt. Natürlich muß der Bürger diese Kosten an anderer Stelle tragen.

Und das hat Folgen:

- Industrien mit hohem Stromverbrauch verlassen Deutschland, wie am sinkenden Stromverbrauch ab ca. 2018 von ca. 600 TWh pro Jahr auf 450 TWh pro Jahr zu sehen ist.
- Industriearbeitsplätze fallen weg und die Arbeitslosigkeit steigt.

Neue „Arbeitsplätze“ in der Migrationsindustrie sind kein Ersatz

Ganz langsam erscheinen in den Zeitungen Meldungen über den Abbau von Arbeitsplätzen in Deutschlands Spitzenindustrien: Chemie, Auto, Elektro, Metalle.

Ist es nicht Dummheit, wenn für e-Autos und für mit Strom betriebene Wärmepumpen geworben wird, was eine Verdopplung der Stromerzeugung erfordert und dennoch die Kraftwerke demoliert werden?

Um den wirtschaftlichen Niedergang und die Deindustrialisierung Deutschlands aufzuhalten gab es im Juni 2025 einen Gesetzentwurf für ein Klimaschutzfolgenbereinigungsgesetz mit dem Vorschlag zur Aufhebung von > 20 Gesetzen, derzeit überwiesen an die Ausschüsse. Und es gab einen Gesetzentwurf für ein Moratorium für den Rückbau abgeschalteter Kernkraftwerke vom 08.10.2024 und Empfehlung vom zuständigen Ausschuß zur Ablehnung des Antrages.

PS: Das Wort „Dummheit“ in diesem Text könnte manchem Leser mißfallen. In diesem Falle bitte ich an dessen Stelle das Wort „Sonderintelligenz“ zu benutzen.